

Frage 03: Sind Sie bereit, Maßnahmen gegen die Verfolgung von Christen in aller Welt zu setzen/zu unterstützen

ÖVP

Der Schutz religiöser Minderheiten, besonders Christen, ist ein zentrales Anliegen. Dies zeigt sich im Regierungsprogramm und in Maßnahmen der Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene. Eine Ombudsstelle im Bundeskanzleramt und ein Religionsfreiheits-Bericht des Kultusamts tragen wesentlich dazu bei. Österreichische Botschafter berichten außerdem regelmäßig über die Menschenrechtssituation, einschließlich der Christen. Im UN-Menschenrechtsrat setzt sich Österreich für Minderheitenschutz ein und bringt regelmäßig Resolutionen ein. Zudem ist Österreich Mitglied der EU-Task Force zu Religions- und Glaubensfreiheit und beteiligt sich an internationalen Allianzen wie der IRFBA und der ICG-FORB.

SPÖ

Ja.

FPÖ

Die FPÖ ist die einzige Partei im österreichischen Nationalrat, die seit Jahren immer wieder auf die Gefahren der Ausbreitung des radikalen Islam und damit einhergehend die Verfolgung von Christen in aller Welt aufmerksam macht. Wir haben zudem immer wieder betont, dass verfolgte Christen tatsächlich als Flüchtlinge behandelt und vorrangigen Schutz erhalten sollten. Künftig sollte man andenken, österreichische Entwicklungshilfegelder auch an Standards bei Umgang mit christlichen Minderheiten zu koppeln.

GRÜNE

Wir stehen für eine wertebasierte Außenpolitik. Dabei stehen Menschenrechte und die Achtung des Völkerrechts im Zentrum. Wir leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten weltweit und unterstützen dabei Maßnahmen gegen die Verfolgung von Christ:innen und Christen sowie gegen die Verfolgung anderer Gruppen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit.

NEOS

Ja, wir NEOS setzen uns entschieden für den Schutz der Religionsfreiheit und gegen die Verfolgung von Christen weltweit ein. Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht, das wir verteidigen müssen. Wir fordern die österreichische Regierung auf, sich international stärker für verfolgte Christen einzusetzen und diplomatischen Druck auf Länder auszuüben, in denen Christen verfolgt werden. Zudem unterstützen wir Initiativen, die den interreligiösen Dialog fördern und helfen, religiöse Minderheiten zu schützen. Wir glauben an eine pluralistische, offene Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Religion frei ausüben kann, ohne Angst vor Verfolgung haben zu müssen.

Antwort: Wir sind für die freie Religionsausübung weltweit und für alle Konfessionen. Daher ja, wir werden Maßnahmen gegen die Unterdrückung und Verfolgung von Christ:innen unterstützen, ebenso wie wir alle Maßnahmen gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unterstützen.